

Greenpeace
ist finanziell
unabhängig von
Politik und
Wirtschaft

EUROPA ALLEIN ZU HAUS?

Europas Sicherheitspolitik in Zeiten Donald Trumps

Europa allein zu Haus?

Europas Sicherheitspolitik in Zeiten Donald Trumps

Autoren:

Prof. Dr. Herbert Wulf

Der Friedens- und Konfliktforscher (i. R.) leitete acht Jahre das Bonn International Center for Conversion (BICC), war Berater des Entwicklungsprogramms der Vereinten Nationen UNDP zu Abrüstungsfragen und Waffenkontrolle und forschte außerdem am Stockholm International Peace Research Institute (SIPRI).

Dr. Alexander Lurz

Greenpeace-Experte für Frieden und Abrüstung

T +49 40.30 61 83 04

M alurz@greenpeace.org

Philip Steeg

Greenpeace Investigativrechercheur

T +49 40.30 61 85 31 0

M psteeg@greenpeace.org

Unter Mitarbeit von Paul Fürst, Recherche und Faktencheck.

Eine Studie im Auftrag von Greenpeace e.V.

Hamburg, Mai 2026

Kein Geld von Industrie und Staat

Greenpeace arbeitet international und kämpft mit gewaltfreien Aktionen für den Schutz der Lebensgrundlagen. Unser Ziel ist es, Umweltzerstörung zu verhindern, Verhaltensweisen zu ändern und Lösungen durchzusetzen. Greenpeace ist überparteilich und völlig unabhängig von Politik und Wirtschaft. Rund 620.000 Fördermitglieder in Deutschland spenden an Greenpeace und gewährleisten damit unsere tägliche Arbeit zum Schutz der Umwelt, der Völkerverständigung und des Friedens.

Impressum

Greenpeace e.V. Hongkongstraße 10, 20457 Hamburg, T 040 30618-0 **Pressestelle** T 040 30618-340, F 040 30618-340, presse@greenpeace.de, greenpeace.de **Politische Vertretung Berlin** Marienstraße 19–20, 10117 Berlin, T 030 308899-0 **V.i.S.d.P.** Dr. Alexander Lurz **Autoren** Prof. Dr. Herbert Wulf, Dr. Alexander Lurz **Gestaltung** Henning Thomas **Titel** credit imago @ Greenpeace **Stand** 05/2026

Inhalt

Zusammenfassung	04
<hr/>	
1. Böses Erwachen	06
<hr/>	
2. Wie ist das militärische Kräfteverhältnis zwischen Russland und den europäischen NATO-Staaten?	07
<hr/>	
3. Zu kurz gesprungen: Neuausrichtung der europäischen Sicherheitspolitik	12
3.1 Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik (GASP): Wenig Gemeinsamkeit	13
3.2 Vage Konzeption, unterschiedliche Zielvorstellungen: Europäische Kakophonie	14
3.3 Institutionelle Schwächen und Unzulänglichkeiten	14
<hr/>	
4. Rüstungspolitische Kleinstaaterei	16
<hr/>	
4.1 Fragmentierte Märkte und Schutz nationaler Rüstungsproduktion	16
4.2 Rüstungsindustrie und Politik	18
<hr/>	
5. Bringt viel Geld viel?	19
<hr/>	
5.1 Das Pferd wird von hinten aufgezäumt	19
5.2 Ist europäische Kooperation die Lösung?	20
<hr/>	
Anhang	21
<hr/>	
Literaturverzeichnis	23
<hr/>	

Zusammenfassung

Die sicherheitspolitische Lage in Europa hat sich fundamental verändert. Mit der russischen Völlinvasion in die Ukraine im Jahr 2022 ist zum einen der Krieg nach Europa zurückgekehrt. Zum anderen sind die engen transatlantischen Bindungen durch die erratische und chauvinistische Politik von US-Präsident Donald Trump beschädigt worden. **Ein akutes Gefühl der Bedrohung und Furcht prägt die deutschen sicherheitspolitischen Debatten und hat eine seit Jahrzehnten nicht mehr gekannte Aufrüstungsbereitschaft ausgelöst.**

Im Jahr 2024 verglich eine Greenpeace-Studie systematisch die Militärpotenziale Russlands und der Nato anhand von sechs Kategorien (Militärausgaben, Großwaffensysteme, Truppenstärke, Einsatzbereitschaft, Rüstungsproduktion und Atomwaffen). Die vorliegende Kurzstudie (mit aktualisierten Daten) vergleicht nun erstens die europäischen Nato-Staaten (plus Kanada) mit Russland und zweitens das militärische Potenzial der gesamten Nato mit dem russischen und kommt zu folgendem Schluss: **Die Nato insgesamt ist Russland weiterhin in allen verglichenen Bereichen überlegen, allein bei Atomwaffen lässt sich ein Gleichstand konstatieren. Auch ohne die USA verfügen die europäischen Staaten (mit Kanada) über ein höheres kumuliertes Militärbudget, mehr Großwaffensysteme und mehr Soldat:innen.** Bei der Einsatzbereitschaft ist ein abschließendes Urteil nicht möglich. Sowohl Russland als auch die europäischen Nato-Staaten haben in ihren jeweiligen Militäreinsätzen teils enorme Schwächen gezeigt. Ebenso weisen sowohl die europäischen Nato-Staaten wie auch Russland deutliche Schwächen in der Rüstungsproduktion auf. In Europa ist insbesondere die mangelnde Kooperation in der Rüstung ein Schwachpunkt. Die neue Militärstrategie der Bundeswehr spart die notwendige Zusammenarbeit in Europa völlig aus. Nationale Alleingänge führen nach wie vor zur Verschwendung von Ressourcen. Russland hinkt in einigen Bereichen technologisch hinterher und es ist fraglich, ob das Land die Priorisierung der Rüstung langfristig wirtschaftlich verkraften kann. Lediglich bei Atomwaffen sind die beiden europäischen Atomwaffenstaaten Frankreich und Großbritannien Russland quantitativ unterlegen.

Die gegenwärtige, geradezu manisch betriebene Debatte um Aufrüstung in Europa erklärt sich daher

nicht aus dem Gesamtbild. Europäische Defizite, z. B. in der Flugabwehr und bei der Aufklärung, sollten nüchtern und europäisch koordiniert angegangen werden. Insgesamt haben die europäischen Staaten (plus Kanada) im vergangenen Jahrzehnt nach Angaben der Nato 3.785 Milliarden US-Dollar für ihre Streitkräfte ausgegeben.¹ Dass angesichts dieser gewaltigen Summe keine diesen Aufwendungen adäquaten militärischen Fähigkeiten existieren, liegt in nationalen Egoismen und rüstungspolitischer Kleinstaaterei begründet.

Seit Jahrzehnten kritisieren sich die Europäer:innen selbst, nicht genügend und nicht genügend koordiniert für die eigene Sicherheit gehandelt zu haben. Es gibt zwar eine Menge Einzelinitiativen, die europäische Zusammenarbeit hat sich aber nur graduell verbessert. Es fehlt vor allem an einem gemeinsamen sicherheitspolitischen Konzept. **Die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik der EU (GASP) trägt das „gemeinsam“ nur im Namen. Die Hauptgründe für die heutige außen- und sicherheitspolitische Kakophonie in der EU sind, trotz des ständig wiederholten Mantras, europäisch zu handeln, die unterschiedlichen, oft nationalen Interessen der Mitgliedsländer.** Ein prägnantes Beispiel für die unzureichende europäische Zusammenarbeit in der Beschaffung ist der Hubschrauber NH90: Für gerade einmal acht Kunden werden 17 verschiedene Varianten gefertigt. Einspareffekte durch Skaleneffekte fallen dadurch nahezu weg.

Nach wie vor und trotz der neuen Herausforderungen achten die Nationalstaaten penibel darauf, dass bei europäischer Rüstungskooperation ihr Produktionsanteil hoch ausfällt, die heimische Industrie also ihren Anteil bekommt. Jüngstes Beispiel hierfür ist der deutsch-französische Streit um die Projektführung bei der Entwicklung des neuen Kampflugzeugsystems FCAS. Heute ist die Voraussetzung für intensivere europäische Kooperation in der Rüstungsbeschaffung mehr denn je gegeben: Politisch ist mehr Kooperation gewünscht, militärisch stärkt gemeinsame Beschaffung die Interoperabilität der Streitkräfte, finanziell bieten sich erhebliche Einsparmöglichkeiten. Gleichzeitig aber führt die Privilegierung nationaler Hersteller zu den beklagten Doppelungen.

Die aktuelle Diskussion kreist vor allem um die Frage, wie viele Finanzmittel erforderlich sind, um die Verteidigung Europas zu gewährleisten. Eine durchdachte Sicherheitspolitik müsste umgekehrt vorgehen. Der Ausgangspunkt sollte die Analyse der Bedrohung und der verteidigungspolitischen Erfordernisse sein. Die im April 2026 verabschiedete neue Militärstrategie der Bundeswehr äußert sich in ihrem öffentlich zugänglichen Teil hierzu nur sehr allgemein und identifiziert Russland als größte Bedrohung. Sie beschreibt das Fähigkeitsprofil der Streitkräfte nicht im Detail und schlussfolgert, dass die Bundeswehr zur stärksten konventionellen Armee in Europa ausgebaut werden soll.² Diese neue Gesamtkonzeption bleibt viel zu allgemein, um daraus den enorm hohen und ständig steigenden Verteidigungsetat abzuleiten. **Ohne den Druck, Geld einsparen zu müssen, entfällt auch der Druck, reformorientiert europäisch zu agieren.** Hier gilt aber, was der damalige EU-Außenbeauftragte Josep Borrell im Jahr 2022 sagte: „Wenn jeder Mitgliedstaat seine Verteidigungsausgaben erhöht, indem er auf eigene Faust investiert, wird das Ergebnis eine Geldverschwendung sein, die bestehende Schwächen und unnötige Überschneidungen vervielfacht.“

Statt für Rüstung die Verschuldung jetzt weiter in die Höhe zu treiben und knappe Finanzmittel zu verschwenden, sollte die Bundesregierung im Konzert mit den europäischen Partnern folgende Maßnahmen ergreifen:

1. EU als Friedensmacht: In der Vergangenheit hat die EU besonderen Wert auf Diplomatie, nicht-militärische Lösungen und die Einhaltung des Völkerrechts gelegt – auch wenn dabei offensichtlich mit zweierlei Maß gemessen wurde. Trotz und gerade wegen der aktuellen Bedrohungslage müssen friedenspolitische Ansätze beibehalten (und verbessert) werden.
2. Bedrohungsanalyse als Grundlage: In der derzeitigen, fast ausschließlich auf die Finanznotwendigkeiten fixierten Diskussion werden kaum Fragen nach den sicherheitspolitischen Konzepten, den Notwendigkeiten von Verteidigungsfähigkeiten oder den technologischen Umwälzungen militärischer Strategien gestellt.
3. Verteidigung, nicht Kriegstüchtigkeit: Die europäischen Bemühungen müssen gebündelt werden, um eine sichere und glaubwürdige Verteidigungsfähig-

keit zu erreichen, die der Bedrohung durch Russland am besten gerecht wird und einen weiteren Krieg in Europa verhindert.

4. Klare staatliche Rahmenbedingungen für die Rüstungsindustrie, um breit angelegte europäische Projekte zu realisieren;
5. Reduzierung der Anzahl der Schlüsselindustrien auf nationaler Ebene, um den Weg für europäische Kooperationen und Einkäufe bei europäischen Partnern zu ermöglichen; nicht jedes Land muss die technologischen Kapazitäten für alle Großwaffensysteme vorhalten;
6. Ausweitung staatlicher Beteiligungen an deutschen Rüstungskonzernen, um die Konzerne im Sinne einer europäischen und kosteneffizienten Beschaffung zu lenken;
7. Priorisierung von Einsatzfähigkeit und Kosteneffizienz bei europäischen Koproduktionen gegenüber nationalen rüstungsindustriellen Interessen;
8. Stärkung der parlamentarischen Kontrolle: Obwohl von der ursprünglichen Konzeption nicht vorgesehen, übernimmt die EU-Kommission Funktionen im Bereich von Sicherheits- und Rüstungspolitik, um die europäische Eigenständigkeit in der Verteidigung zu stärken. Es ist erforderlich, dass diese Funktionen der parlamentarischen Kontrolle unterliegen. Hierzu ist es notwendig, sowohl die Kompetenz im EU-Parlament zu stärken als auch dem Parlament Kontrollfunktionen zu übertragen.
9. Kooperation von EU und Nato: Das neue Selbstverständnis der sicherheitspolitischen Rolle der EU hat Konsequenzen für die Zusammenarbeit von Nato und EU in Europa. Dies ist deshalb besonders von Bedeutung, weil mit Großbritannien eine europäisch-militärische Macht nicht Mitglied der EU ist. Es gilt institutionelle Vorkehrungen zu treffen, um klare Führungsverantwortlichkeiten in der Sicherheits- und Verteidigungspolitik zu regeln.

„Wenn jeder Mitgliedstaat seine Verteidigungsausgaben erhöht, indem er auf eigene Faust investiert, wird das Ergebnis eine Geldverschwendung sein, die bestehende Schwächen und unnötige Überschneidungen vervielfacht.“

Josep Borrell

1. Böses Erwachen

Zwei Ereignisse der letzten Jahre prägen die aktuelle europäische Diskussion über eine verstärkte eigenständige Sicherheits-, Verteidigungs- und Rüstungspolitik: Zum einen die russische Aggression gegen die Ukraine, die den Krieg nach Europa zurückgebracht und die existierende fragile Sicherheitsarchitektur in Europa zerstört hat. Zum zweiten US-Präsident Trumps erratische und erpresserische Politik gegenüber der Ukraine und sein Druck auf die Europäer:innen, mehr als doppelt so viel für die Rüstung auszugeben als bisher und darüber hinaus die engen transatlantischen Bindungen in Frage zu stellen. Zwei Säulen der europäischen Sicherheitspolitik, die seit Jahrzehnten galten, sind weggebrochen. Deshalb ist das derzeit oft bemühte Bild einer sicherheitspolitischen „Zeitenwende“ angebracht.

Beide Ereignisse – das Scheitern der zeitweise funktionierenden stabilen Sicherheitsbeziehung zu Russland und die sich vertiefende Kluft in der transatlantischen Partnerschaft – kamen nicht plötzlich und unerwartet. Die Auffassung eines friedlichen Russlands erwies sich als Illusion. Die deutsche Ostpolitik mit ihrer Vorstellung von „Wandel durch Handel“ und kooperativen Handelsbeziehungen implodierte angesichts des territorialen Revisionismus Russlands und des zunehmenden innergesellschaftlichen Autoritarismus. Auch das von Michail Gorbatschow am Ende des Kalten Krieges vorgeschlagene „Haus Europa“ hatte angesichts der Osterweiterung der Nato nie eine wirkliche Aufbauchance. Dennoch hatte Westeuropa nach dem Ende des Kalten Krieges mit Russland einen sicherheitspolitischen Modus Operandi gefunden. Kritiker von Wladimir Putins Vorstellungen einer Großmacht Russland warnten mit Verweis auf territoriale Ambitionen (Georgien, Abchasien, Annexion der Krim, Scheitern der Minsker Vereinbarungen) seit langem vor Russlands Bereitschaft, notfalls mit militärischer Macht, Fakten zu schaffen und Grenzen zu verschieben. Diese Sorge war lange Zeit in den Ländern, die die historische Erfahrung russischer Besatzung haben und heute eine Grenze mit Russland teilen (die drei baltischen Länder und Polen), ausgeprägter als in westeuropäischen Ländern, vor allem in Deutschland. Jetzt sind sich alle, bis auf wenige Ausnahmen einig, dass

der völkerrechtswidrige Krieg gegen die Ukraine die nach dem Kalten Krieg entstandene europäische Ordnung zerstört hat.

Zunächst hat der von Russland brutal geführte Krieg die EU und die Nato in sicherheitspolitischen Fragen unter der Präsidentschaft Bidens näher zusammenrücken lassen. Die Sicherheitspolitik Donald Trumps ist nun für die Ukrainer:innen und die meisten Europäer:innen ein Realität gewordener Albtraum. Trumps Schlingerkurs gegenüber Russland (mal ist Putin Trumps Freund, dann werden Atom-U-Boote in Stellung gebracht und es wird mit Sanktionen gedroht, dann spielt der Krieg in der Ukraine wegen des Krieges im Iran eine völlig untergeordnete Rolle) und die geringe Rücksicht, die er dabei auf europäische Interessen nimmt, hat das Vertrauen in die Bündnistreue und Verlässlichkeit geschwächt. Mit kalkulierter Unberechenbarkeit treibt die jetzige US-Administration viele Regierungen dieser Welt vor sich her. Vorbei scheinen auch die Zeiten, als sich die sogenannte westliche Welt als Wertegemeinschaft verstand. Statt der Stärke des Rechts zählt jetzt das Recht des Stärkeren - nicht nur für das Russland Putins, sondern nun auch für die USA Trumps. Das Völkerrecht wird von den USA durch militärische Aktionen in Venezuela und im Iran gebrochen. Welches Land will sich heute schon auf diese US-Regierung verlassen, die ankündigte, Grönland zu kaufen, den Panamakanal unter US-Kontrolle zu bringen, notfalls mit Militäreinsatz, den Gazastreifen in der Manier eines Immobilieninvestors zur Riviera des Nahen Osten zu gestalten und Freunde wie Feinde mit Handelszöllen überzieht?

In dieser neuen geopolitisch geprägten Situation schalteten die meisten Regierungen, aber auch die Medien in Europa, in den Krisenmodus. Während einige eine differenzierte Einschätzung der Bedrohung anstreben, sind viele Berichte von Angst und Panikmache geprägt. Manche gehen sogar so weit, ein konkretes Datum für einen russischen Angriff auf die Nato vorherzusagen.

2. Wie ist das militärische Kräfteverhältnis zwischen Russland und den europäischen NATO-Staaten?³

Die Möglichkeit eines russischen Angriffs auf einen Nato-Staat ist nicht mit Sicherheit auszuschließen. Zu oft hat Präsident Putin seine Versprechen gebrochen. Noch wenige Tage vor der Vollinvasion der Ukraine sprach er von Manövern seiner Truppen. Auch das nukleare Säbelrasseln der russischen Führung während des Krieges in der Ukraine hat das Vertrauen in Russlands Politik weiter untergraben. Dennoch ist es ratsam, angesichts der historischen Zäsur nicht in Panik zu verfallen, sondern Politik auf der Basis von gesicherten Fakten zu machen.

Um sich einer Antwort über die Bedrohung durch Russland zu nähern, betrachten wir das jetzt vorhandene militärische Kräfteverhältnis einerseits zwischen dem europäischen Teil der Nato (plus Kanada) und andererseits zwischen der Nato insgesamt und Russland und fragen nach der Performance der russischen Streitkräfte während des Krieges in der Ukraine.

Der Vergleich der Militärpotenziale der Nato und Russlands anhand von sechs zentralen Parametern ergibt folgendes Bild.⁴ Es handelt sich um einen stati-

schen Vergleich, der sich aufgrund der dynamischen Aufrüstungsprozesse sowohl auf Seiten der Nato wie auch Russlands natürlich verändern kann.⁵

Militärausgaben: Die europäischen Nato-Staaten (plus Kanada) gaben 2025 mehr als dreimal so viel Geld für ihre Streitkräfte aus wie Russland (ca. 626 Milliarden USD zu 190 Milliarden USD) (s. Schaubild 1 und Tabelle 1). Laut SIPRI steigerte Russland seine Militärausgaben seit Beginn der Invasion in die Ukraine drastisch von 7,5 Billionen Rubel im Jahr 2022 auf knapp 16 Billionen im Jahr 2025 (siehe Tabelle 2). Der Wert für 2025 entspricht laut SIPRI nach dem Marktwechsellkurs 190,4 Mrd. USD. Kaufkraftbereinigt entspricht dieser Wert ungefähr 540 Milliarden USD. Damit erreicht Russland auch unter einer kaufkraftbereinigten Betrachtung nicht die Ausgaben für die Streitkräfte der europäischen Nato-Länder plus Kanada (626 Mrd. USD im Jahr 2025). Die von uns verwendete Statistik basiert auf der Datenbank für Militärausgaben von SIPRI. Zum Vergleich sei darauf hingewiesen, dass sich die Militärausgaben der gesamten Nato (einschließlich USA) im Jahr 2025 auf knapp 1.581 Milliarden USD beliefen.

Schaubild 1: Militärausgaben NATO-Europa und Russland im Vergleich (2016 – 2025)

Quellen:
SIPRI Military Expenditure Data Bank,
<https://www.sipri.org/databases/milex>

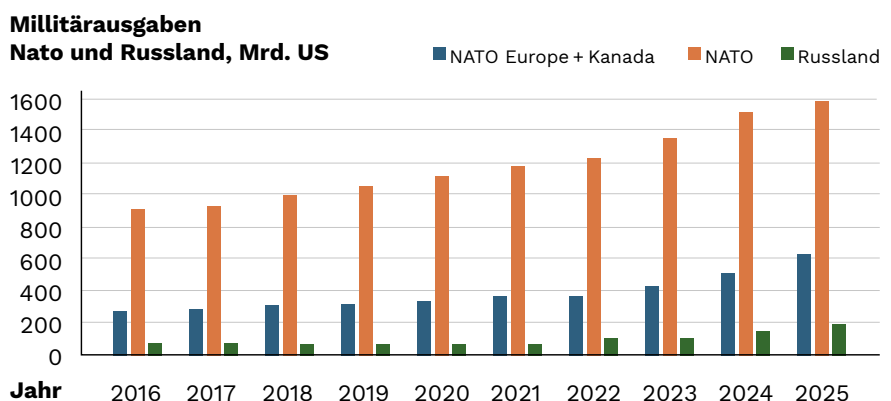


Tabelle 1: Militärausgaben NATO-Europa und Russland im Vergleich von 2016 bis 2025 (in Mrd. USD)

	NATO Europe + Kanada	NATO	Russland
2016	272,8	912,6	69,3
2017	287,7	934,4	66,9
2018	314,7	997,2	61,6
2019	317,4	1051,8	65,1
2020	336,2	1114,6	61,9
2021	369,3	1175,6	65,9
2022	366,3	1227	104,4
2023	430,4	1346,4	109,2
2024	510,1	1515	149,4
2025	626,5	1581	190,4

Quellen: SIPRI Military Expenditure Data Bank, <https://www.sipri.org/databases/milex>

Tabelle 2: Russlands Militärausgaben von 2016 bis 2025

	Militärausgaben in Mrd. Rubel**	% BIP**	In Mrd. USD*
2016	3831	4,5	69,3
2017	3704	4,0	66,9
2018	3928	3,8	61,6
2019	4209	3,8	65,1
2020	4335	4,0	61,9
2021	4859	3,6	65,9
2022	7457	4,8	104,4
2023	9435	5,3	109,2
2024	14393	7,2	149,4
2025	15964	7,5	190,4

Quellen: *SIPRI Military Expenditure Data Bank, <https://www.sipri.org/databases/milex>

**Julian Cooper, A Budget for a Fifth Year of War: Military Spending in Russia's Budget for 2026, SIPRI Insights on Peace and Security (Table 8, S. 14), No. 01/2026, April, https://www.sipri.org/sites/default/files/2026-03/2026_01_russias_military_budget_for_2026.pdf

Zu diesen Zahlen ist Folgendes zu ergänzen: Während auf europäischer Seite beispielsweise in Rechnung gestellt werden muss, dass jeder einzelne Nato-Staat seine eigenen nationalen Strukturen unterhält und dadurch Mehrkosten entstehen, ist im Hinblick auf die russischen Zahlen zu berücksichtigen, dass das Land in der Ukraine einen Krieg führt, für den ein erheblicher Teil der Militärausgaben aufgewendet wird. Für diesen Krieg beschafftes Militärgerät und beschaffte Munition werden in diesem Krieg in Teilen verbraucht oder zerstört und stehen somit im Anschluss nicht mehr zur Verfügung.

Der Krieg in der Ukraine ist für Russland enorm teuer und verlustreich. Seit 2021 hat sich der Militärhaushalt Russlands wegen des Krieges mehr als verdoppelt. Die russischen Streitkräfte verlieren bzw. verbrauchen dabei fortlaufend Material. D. h. ein wesentlicher – kaum bezifferbarer – Anteil des russischen Militärhaushalts geht direkt in den Krieg: Munition wird produziert und gekauft, um dann gleich im Krieg gegen die Ukraine eingesetzt zu werden. Gleiches gilt für Waffensysteme. Auch die hohen Bonuszahlungen, die Kriegsfreiwillige bekommen, sind kriegsbedingte Mehraufwendungen, blähen den Haushalt auf, ohne dass daraus eine erhöhte Kampfkraft der Streitkräfte im Hinblick auf die Nato resultiert.

Über die enormen russischen Verluste vermittelt die Website Oryx einen Eindruck.⁶ Es stellt sich hier die Frage, ob Russland sich diese Aufwendungen aus wirtschaftlichen Gründen auf Dauer leisten kann.

Russland investiert derzeit rund ein Drittel seines gesamten Staatshaushaltes in das Militär (etwa sieben Prozent des BIP) – eine Belastung, die jetzt schon deutliche Spuren in der Wirtschaft hinterlässt.⁷ Nicht nur die wegen des Krieges in der Ukraine verhängten Sanktionen machen der russischen Wirtschaft zu schaffen, unter den Belastungen durch den Krieg leidet die Wirtschaftsentwicklung des Landes.

Großwaffensysteme: In fünf der acht aufgeführten Waffenkategorien übertrifft die Nato Russland mindestens dreifach. Beispielsweise verfügen alle Nato-Staaten gemeinsam über 5.270 Kampfflugzeuge (hierunter 2.215 in Europa und Kanada), wohingegen Russland nur 1.064 besitzt. Ähnliche Verhältnisse gelten für die weiteren Waffenkategorien. Bei der Artillerie ist das Verhältnis ebenso etwa 3:1 zu Gunsten der europäischen Nato-Staaten (plus Kanada), bei Kriegsschiffen 4:1. Lediglich bei strategischen Bombern erreicht Russland fast die USA (114 zu 138), während sie in den europäischen Streitkräften nicht verfügbar sind. Zudem hat Russland in vielen Waffenbereichen einen erheblichen technologischen Rückstand auf die Nato, der kaum innerhalb eines Jahrzehnts aufzuholen ist. Außerdem kann Russland jetzt die bei der Invasion in der Ukraine erlittenen Waffenverluste nur einigermaßen ausgleichen, in dem es eingemottete, 50 Jahre alte Panzer und andere Waffensysteme reaktiviert. Die Verluste im Krieg gegen die Ukraine waren zu groß, um sie komplett durch die Produktion neuer Panzer ausgleichen zu können.⁸

Tabelle 3: Vergleich der einsatzbereiten Großwaffensysteme

	Kampfpanzer	Gepanzerte Fahrzeuge	Artillerie	Kampfhubschrauber	Hauptkriegsschiffe	U-Boote	Kampfflugzeuge	Strategische Bomber
NATO Europa (plus Kanada)	7104	30030	15896	428	143	74	2215	0
NATO insgesamt	9744	45363	22508	1321	264	138	5270	138
Russland	3630	9910	5976	335	34	53	1064	114

Quellen: IISS, Military Balance, 2026. Eigene Berechnungen. (vgl. zur Methodik https://www.greenpeace.de/publikationen/Kraeftevergleich_NATO-Russland.pdf, S. 16)

Truppenstärke: Die europäischen Nato-Staaten (plus Kanada) hatten 2025 1,96 Millionen Soldat:innen unter Waffen. Finnland und Schweden, die inzwischen Nato-Mitglieder geworden sind, verfügten zusammen über 38.700 Soldat:innen.⁹ Die Nato insgesamt hat ca. 3,3 Millionen aktive Soldat:innen. Hinzu kommt ein großes Reservoir an Reservist:innen. Im Vergleich dazu hat Russland eine Personalstärke von 1,264 Millionen aktive Soldat:innen.¹⁰ Russland hat zwar seine Truppenstärke erhöht. Doch trotz verschiedener Rekrutierungsrunden Russlands für den Krieg gegen die Ukraine ist die Zahl der aktiven Soldat:innen nur um rund 100.000 gestiegen.

Militärische Einsatzbereitschaft: Das Scheitern der russischen Vollinvasion in den Wochen nach dem 24. Februar 2022, bei dem die zentralen Ziele, die Niederwerfung der ukrainischen Streitkräfte, die Absetzung der Regierung Wolodymyr Selenskyj und die Besetzung der Hauptstadt Kyjiw nicht erreicht werden konnten, verdeutlichte die Grenzen des russischen Militärs angesichts des entschlossenen Widerstands der ukrainischen Streitkräfte. Seither führt Russland den Krieg mit größter Härte und bei systematischen Verstößen gegen das humanitäre Völkerrecht zwar weiter, muss dabei auf große Operationen verzichten. Das Institute for the Study of War bilanziert 2025 nach einer detaillierten Analyse aller Frontabschnitte im Krieg gegen die Ukraine: Russland „(...) entwickelte einen Plan für die Durchführung langsamer, taktischer Einkesselungen, um (...) Fortschritte zu erzielen, aber die russischen Streitkräfte haben es versäumt, Manöver durchzuführen, die erforderlich sind, um schnell operativ signifikante Gewinne zu erzielen. Russland zahlte damit einen exorbitanten Preis an Einsatzkräften und Ausrüstung, Verluste, die Russland mittelfristig nicht durchhalten kann (...).“¹¹ Defizite zeigen sich bei Kommandostruktur, Einsatzorientierung sowie den Verlegefähigkeiten von Truppen und Großwaffensystemen, Schwächen, die sich bereits beim russischen Eingreifen in den syrischen Bürgerkrieg gezeigt hatten.

Im Gegensatz hierzu hat die Nato ihre Einsatzbereitschaft in den letzten Jahren bei unterschiedlichen Missionen unter Beweis gestellt. Beim europäischen Teil der Nato fehlen in einzelnen Bereichen wesentliche Fähigkeiten, so vor allem bei der Aufklärung,

der Flugabwehr sowie im Lufttransport für schweres Gerät. Angesichts der amerikanischen Dominanz im Bündnis und der bisherigen integrierten militärischen Zusammenarbeit ist es nicht verwunderlich, dass die Europäer:innen nicht über alle Fähigkeiten verfügen. Welche Fähigkeiten die europäischen Nato-Staaten für eine funktionierende Selbstverteidigung benötigen, gilt es nun zu überprüfen. Ob dafür die Verteidigungsausgaben auf 5 % oder mehr des BIP angehoben werden müssen, wie nun von der Nato beschlossen, darf jedoch bezweifelt werden.

Militärische Engpässe

In welchen rüstungstechnischen Bereichen sind europäische Streitkräfte bislang auf das US-Militär angewiesen:

1. Aufklärung und Frühwarnsysteme: Europas Satellitenkapazitäten reichen nicht aus, um Truppenbewegungen Russlands oder Raketentests rechtzeitig zu erfassen und zu überwachen.
2. Cyber- und Weltraumkriegsführung: elektronische Kriegsführung; kaum Kapazität in Europa.
3. Lufttransportkapazität: Schnelle Verlegung von Truppen; A400M haben begrenzte Reichweite und begrenzte Ladekapazität.
4. Raketenabwehr und Luftverteidigung: Es fehlt ein Abwehrsystem gegen Hyperschallwaffen und Marschflugkörper; auf Patriot-Systeme angewiesen; auf F-35 angewiesen.
5. Munition: Vorräte stark ausgedünnt wegen der Lieferungen an die Ukraine. Produktion wird stark ausgebaut.
6. Drohnen: Bedeutung durch Krieg in der Ukraine stark gestiegen; Produktion und Beschaffung in Europa angekurbelt.

Strukturelle Schwächen russischer Streitkräfte

1. Ausbildung: Trotz der Reformen und Modernisierungsbemühungen sind russische Soldat:innen durchschnittlich schlechter ausgebildet. Kommandostruktur weist Defizite auf.
2. Personalengpässe
3. Modernisierung der Waffensysteme: Russland hinkt hinterher; teils werden alte Systeme eingesetzt; Engpässe in der Elektronik.
4. Kapazitätsgrenzen in der Rüstungsproduktion, trotz des Ankurbelns der Rüstungsproduktion und der Orientierung auf Kriegswirtschaft.
5. Digitalisierung der Kriegsführung: offensiv ausgerichtet, aber nicht so vernetzt wie in der Nato.
6. Logistik und Nachschub: Schwache Versorgungsketten, logistische Probleme bei Treibstoff- und Munitionstransport; mangelnde Mobilität und mangelnde strategische Verlegefähigkeit.
7. Luftbetankung: veraltete Technik, unzureichende Kapazitäten.
8. Marinekapazität: stark lediglich bei Atom-U-Booten; hohe Verluste im Schwarzen Meer.

Rüstungsbeschaffung und -produktion: Die Nato-Staaten dominieren den weltweiten Rüstungsmarkt mit über 70 Prozent des Gesamtumsatzes der 100 größten Rüstungsfirmen der Welt, während Russlands Anteil hier lediglich 4,6 Prozent ausmacht.¹² Von den 100 weltweit größten Rüstungskonzernen sind 40 aus Nordamerika (davon einer aus Kanada), 26 aus Europa und nur zwei aus Russland.¹³ Die Nato-Staaten haben erhebliche finanzielle Mittel bereitgestellt, um die Rüstungsproduktion auszuweiten und die weitere Aufrüstung und Modernisierung voranzutreiben. Laut Nato wurden knapp 30 Prozent des Haushaltes für Entwicklung und Beschaffung von Waffensystemen und Rüstung ausgegeben. Die Steigerungsraten in den europäischen Nato-Ländern (plus Kanada) lagen in den Jahren 2024 und 2025 jeweils bei 28,4 Prozent.¹⁴ Regulative Eingriffe in die Wirtschaft

wurden jedoch bislang nicht vorgenommen, so dass enormes Potenzial zur Steigerung der Produktion von Rüstungsgütern noch nicht aktiviert wurde. Weltweit, auch in den USA und Europa, ist die Rüstungsproduktion gestiegen. Auch der Rüstungsexport der Nato-Länder erlebte 2025 einen Boom. Die Rüstungsexporte der USA stiegen im Zeitraum 2021 bis 2025 gegenüber 2016 bis 2020 um 27 Prozent, während die Waffenexporte Russlands im selben Zeitraum um 64 Prozent zurückgingen. Größter Waffenimporteur im Zeitraum 2021 – 2025 war die Ukraine.¹⁵ Stellvertretend für viele Rüstungsfirmen sprach der Chef des größten deutschen Rüstungskonzerns Rheinmetall, Armin Paperger, bei der Vorstellung des Geschäftsberichtes 2024 von einer „Epoche der Aufrüstung“.¹⁶ Der Umsatz des Unternehmens stieg 2025 um 29 Prozent auf fast 10 Mrd. Euro, das operative Ergebnis um 33 Prozent.¹⁷

Russlands Rüstungsindustrie ist ein weit verzweigtes Geflecht von fast 6000 teils staatlich gelenkten Unternehmen, von denen viele vor dem Krieg selten Gewinne erwirtschafteten.¹⁸ Sie wirtschafteten nicht besonders effizient, hatten aber freie Kapazitäten, die ab 2022 hochgefahren wurden. Russlands Wirtschaft entwickelte sich zu einer Kriegswirtschaft. Der Staat hat damit begonnen, massiv in die Wirtschaft einzugreifen. Dabei ist jedoch zu bezweifeln, dass die im Krieg erlittenen Verluste bei schwerem Material adäquat und auf Dauer ausgeglichen werden können.¹⁹

Der Umsatz der beiden größten russischen Rüstungsfirmen, die auf der SIPRI-Liste der weltweit größten 100 Rüstungsfirmen aufgeführt sind, stieg 2024 im Vergleich zum Vorjahr um 23,4 Prozent.²⁰ Die einseitige Forcierung der Rüstungsproduktion hat jedoch weitreichende Auswirkungen auf die wirtschaftliche Entwicklung in anderen Sektoren und führt zunehmend zu Engpässen auf dem Arbeitsmarkt und ist Treiber der hohen Inflation. Die Inflationsrate lag 2025 im Durchschnitt bei 8,7 Prozent.²¹

Atomwaffen: Insgesamt herrscht zwischen Nato (vor allem wegen der Nuklearstreitkräfte der USA) und Russland ein strategisches Gleichgewicht bzw. – angesichts der gesicherten gegenseitigen Vernichtungsfähigkeit – ist ein nukleares Patt zu bilanzieren. Die drei Nato-Nuklearwaffenstaaten verfügen über 3700 (+ 1342 ausgemusterte) Atomsprengköpfe der USA, 290 Stück in Frankreich und 225 Stück in Großbritannien. Russland verfügt über 4400 (+ 1150 ausgemusterte) Atomsprengköpfe.²²

Russland ist quantitativ den beiden europäischen Nuklearmächten weit überlegen. Die Atomwaffen bleiben das größte russische Faustpfand. Allerdings bleibt die alte Regel des nuklearen Patts weiterhin bestehen:

Wer Atomwaffen einsetzt, muss mit einem Zweitschlag und mit der eigenen Vernichtung rechnen. Die Zweitschlagskapazität ist durch die U-Boot-gestützten Atomwaffen Frankreichs und Großbritanniens gegeben.

3. Zu kurz gesprungen: Neuausrichtung der europäischen Sicherheitspolitik

Die unzuverlässige Sicherheitspolitik der Trump-Regierung hat zu einer erneuten Diskussion über die sicherheitspolitische Abhängigkeit Europas von den USA geführt. Ambitionen für eine Europäisierung der Sicherheitspolitik sind nicht neu. Im Gegenteil: In den letzten fünf Jahrzehnten hat es zahlreiche Appelle, Initiativen, Projekte, Absprachen und Verträge gegeben, alle mit dem Ziel, eine gemeinsame europäische Sicherheits-, Verteidigungs- und Außenpolitik zu etablieren. Es gelang zwar häufig in der Vergangenheit, Einzelinitiativen auf den Weg zu bringen, aber eine umfassende Konzeption einer Sicherheits- und Verteidigungspolitik und deren Umsetzung scheiterten an der mangelnden Kohäsion in Europa. Schon 1976 wurde mit der Independent European Programme Group (IEPG) ein Koordinierungsgremium für eine gemeinsame Rüstungsbeschaffung etabliert und nur zwei Jahre später forderte ein Bericht des Europäischen Parlaments, endlich mit der Duplizierung von Waffensystemen bei der Beschaffung Schluss zu machen.²³

Immer, wenn es konkret wird und über Absichtserklärungen hinausgeht, können sich die Europäer:innen nicht auf eine gemeinsame Linie einigen. Beispielsweise war die europäische Uneinigkeit in der Sicherheitspolitik wieder bei dem Vorschlag von Macron zu erleben, europäische Truppen in der Ukraine einzusetzen, um ihr Sicherheitsgarantien zu geben. Als Macron im Dezember 2024 den Vorschlag für eine 40.000-köpfige Schutztruppe machte, handelte er sich umgehend eine öffentliche Absage

vom damaligen Kanzler Olaf Scholz ein. Viele andere Regierungen winkten ab. Selbst Polens Regierung, sonst ein starker Partner der Ukraine, lehnte Macrons Vorschlag als unausgegoren ab. Aktuell gibt es keine Einigung über die Projektführung eines neuen Kampfflugzeugsystems (FCAS) zwischen Frankreich und Deutschland und das Projekt droht zu scheitern.

Zu Beginn des Jahres 2025, nachdem Russland in der Ukraine militärisch aus der zwischenzeitlichen Defensive herausgekommen war, weiteres Territorium erobert und die Trump-Administration die Europäer:innen brüskiert hatte, gab es ein böses Erwachen und hektisch einberufene Gipfeltreffen in Europa. Die Regierungen, politische Parteien, Sicherheitsexpert:innen und Medien überboten sich in der Forderung nach immer höheren Budgets für die Streitkräfte. Auf Vorschlag der EU-Kommission sollen nun 800 Milliarden Euro, so wurde es schließlich beschlossen, für die Streitkräfte zur Verfügung gestellt werden. Inzwischen hat die Nato beschlossen, die Militärhaushalte bis 2035 auf 5 Prozent des BIP anzuheben (3,5 Prozent für Verteidigung plus 1,5 Prozent für weitere verteidigungsrelevante Ausgaben). Nach der letzten Bundestagswahl in Deutschland ist es plötzlich möglich, alle Aufwendungen für die Bundeswehr oberhalb eines Prozents des BIP von der Schuldengrenze auszunehmen. Ein regelrechter Überbietungswettbewerb ist im Gange. Was mit diesen Mitteln geschehen soll, wird kaum hinterfragt.

Damit stellt sich umso dringlicher die Frage, warum die Europäer:innen bislang unfähig waren, trotz zahlreicher Beschlüsse und Initiativen sowie erheblicher Finanzmittel überzeugend miteinander zu kooperieren? Der heutige Zustand hat sowohl politische, wirtschaftliche als auch rüstungsindustrielle Gründe.

Bislang fehlt die überzeugende konzeptionelle Grundlage für eine europäische Sicherheitspolitik. Entwicklungen gibt es, wenn überhaupt, dann nur graduell. Wird jetzt die in den meisten europäischen Ländern wahrgenommene Bedrohung durch Russland und werden die ernst zu nehmenden Ankündigungen aus Washington zu einer geschlossenen Haltung in Europa führen? Das Konzept der „Europäisierung“ der Sicherheitspolitik selbst ist umstritten. Es wird von manchen in Europa vehement gefordert (wie von der EU-Kommission und vor allem vom französischen Präsidenten), während andere die eigene Verteidigung bislang besser in der Nato aufgehoben sehen. Kritiker:innen des Konzepts der Stärkung einer eigenständigen Rolle Europas fürchten eine Militarisierung der EU.

3.1 Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik (GASP): Wenig Gemeinsamkeit

Zwar besteht seit dem Maastricht-Vertrag von 1992 die Institution der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik (GASP), in dessen Rahmen auch eine Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GSVP) existiert, doch bislang steht das „Gemeinsame“ eher auf dem Papier, als dass es umgesetzt worden wäre. 2010 wurde der Europäische Auswärtige Dienst (EAD) gegründet, um koordinierend die EU-Außen- und Sicherheitspolitik zu gestalten. Wie fragil diese Politik bzw. der EAD war, machte die erste Chefin des Dienstes, die Hohe Vertreterin für Außen- und Sicherheitspolitik, Catherine Ashton, deutlich, als sie 2013 ihre Aufgabe beschrieb: „Ich habe es mit dem Versuch verglichen, ein Flugzeug zu fliegen, während die Flügel noch angeschraubt werden.“²⁴ Ähnliche Bilder können verwendet werden, um die derzeitige Entwicklung in Europa zu beschreiben, die zwei Schritte vorwärts und einen Schritt zurück bedeuten.

Überspitzt formuliert verhält es sich mit der GASP wie mit dem „Heiligen Römischen Reich Deutscher Nation“, das weder heilig noch römisch und ebenso

wenig ein deutsches Reich war – es existierte fast nur der offizielle Name. Von Gemeinsamkeit kann keine Rede sein. Die Außen- und Sicherheitspolitik fällt weitgehend in die Zuständigkeit der Nationalstaaten, die eifersüchtig über ihre Souveränität wachen. Es gilt also Kompromisse zu finden, Divergenzen zwischen den Mitgliedsländern zu überwinden und Konsens zu erzielen. Dies geschieht oft nur durch mühsam erzielte Kompromisse, die kaum die Differenzen übertünchen können.

Erstmals formulierte die EU 2016 unter Federführung von Federica Mogherini, der damaligen Hohen Repräsentantin, eine Globale Strategie für die Außen- und Sicherheitspolitik der EU. Dieses Konzeptpapier sollte eine möglichst geschlossene Haltung der EU zu den damaligen Krisen in der Welt definieren.²⁵ Es war der Auftakt einer Hinwendung der EU zu geopolitischen Fragen.²⁶ In einem Akt von Hybris, in Verkennung der sicherheitspolitischen Situation der EU und trotz der Handlungsunfähigkeit in der eigenen Nachbarschaft der EU (beispielsweise in den Jugoslawienkriegen) kündigte die gewählte Kommissionspräsidentin von der Leyen 2019 im Europaparlament an, eine „geopolitische Kommission“ führen zu wollen.²⁷

In dem krisenhaften globalen Umfeld befürchteten politische Entscheidungsträger:innen, dass die EU in der Polarisierung zwischen den USA und China an den Rand gedrängt würde. Die EU sollte „eine geostrategische Identität entwickeln“ und „die Sprache der Macht erlernen“, ließ der Hohe Repräsentant Josep Borrell 2020 martialisch verlauten.²⁸

Wann immer wichtige Themen auf der Tagesordnung standen, bot die EU alles andere als das Bild einer außenpolitisch einigen und geschlossenen Gemeinschaft. Politikfelder, die den mangelnden Zusammenhalt, die Unentschlossenheit oder die Unfähigkeit der EU belegen, gibt es zuhauf: z. B. die internen Konflikte über die Beteiligung am Irakkrieg 2003, die EU-Politik in der Sahelzone, die verpasste Vermittlerrolle der EU im Konflikt Israels mit den Palästinenser:innen, der Bau der Gaspipeline Nord Stream 2, EU-Sanktionen als Reaktion auf Russlands Aggression gegen die Ukraine, der mögliche Stopp der Gaslieferungen aus Russland, die Aufnahme neuer Mitglieder in die EU, die Behandlung von Migrant:innen, um nur einige offensichtliche Beispiele zu nennen. All dies wird sich jetzt angesichts der Zeitenwende wohl kaum schlagartig ändern.

Die Hauptgründe für die heutige außen- und sicherheitspolitische Situation der EU sind, trotz des ständig wiederholten Mantras, europäisch zu handeln, die unterschiedlichen, oft nationalen Interessen der Mitgliedsländer. Der Angriff Russlands auf die Ukraine hat zwar den Zusammenhalt in der EU gestärkt, aber selbst in diesem eindeutigen Fall, eine Aggression abzuwehren, ist die EU nicht in der Lage, eine abgestimmte gemeinsame Politik zu verfolgen. Wird dieses Bild einer wenig geschlossenen EU, in der seit dem Brexit zudem ein wichtiger Partner fehlt, in Reaktion auf die US-Politik korrigiert?

3.2 Vage Konzeption, unterschiedliche Zielvorstellungen: Europäische Kakophonie

Die EU als supranationale Organisation war nach den Römischen Verträgen nicht als souveräner sicherheits- und rüstungspolitischer Akteur konzipiert. Dieses Politikfeld war explizit den einzelnen Mitgliedsländern vorbehalten. Ein Schritt zur Veränderung war die britisch-französische Erklärung von 1998 in Saint-Malo, mit dem die Notwendigkeit betont wurde, in Europa eigenständig militärisch reagieren zu können. Der Hintergrund waren die Erfahrungen mit der Inkompetenz der EU in den Jugoslawienkriegen. Damit war auch die alte de Gaulle'sche Idee von strategischer Autonomie wieder Gegenstand europäischer Diskussionen. Im Jahr 2019 sprach der französische Präsident Emmanuel Macron sogar davon, die Nato sei „hirntot“, um die Notwendigkeit der strategischen Autonomie Europas zu betonen.²⁹ Die Europäer:innen kritisierten sich selbst für ihr übermäßiges Vertrauen in die Sicherheitsgarantien der USA. Bilder aus der Welt des Sports wurden bemüht, um die sicherheitspolitische Schwäche Europas zu charakterisieren: die Europäer:innen als „Zuschauer:innen vom Spielfeldrand“.

Doch was genau mit strategischer Autonomie gemeint ist, bleibt schwammig, ambivalent. Der Begriff ist mehrdeutig. Sein genauer Geltungsbereich und seine Definition sind nach wie vor umstritten. Der Begriff hat für die verschiedenen EU-Mitgliedstaaten unterschiedliche Bedeutungen. Eine 2024 durchgeführte Analyse kommt zu dem Schluss, dass „die französische Elite nicht in der Lage war, ihre Gegenüber in den Hauptstädten vom Wert der europäi-

schen strategischen Autonomie zu überzeugen.“³⁰ Die Skepsis in vielen Ländern ist groß. Bestenfalls gibt es Lippenbekenntnisse für dieses vage Konzept, vor allem auch, weil es um die politische und sicherheitspolitische Führung Europas geht, die nicht allein Frankreich überlassen werden soll. Weil dieses militärische Konzept in den Mitgliedsländern so umstritten ist, verlegte sich die EU-Kommission bislang darauf, in ihrer geopolitischen Ausrichtung die Verteidigungspolitik weitgehend auszuklammern und strategische Autonomie vor allem für die globalen wirtschaftlichen Beziehungen zu fordern. Es geht um den Versuch, weltwirtschaftliche Abhängigkeiten (vor allem mit Blick auf China und in Reaktion auf die Energieabhängigkeit von Russland) zu reduzieren, während die europäische Sicherheitspolitik weiterhin kakophonisch bleibt – geräuschvoll, vielstimmig und uneins.³¹

3.3 Institutionelle Schwächen und Unzulänglichkeiten

Erst in jüngster Zeit wurden Zuständigkeiten für die EU-Kommission in Teilbereichen der Sicherheits- und Rüstungspolitik etabliert. Diese Politikfelder erfordern einstimmige Beschlüsse der Mitgliedsstaaten – ein Prozess, der Zeit kostet und oft zu unzureichenden Kompromissen führt oder scheitert. Denn die sicherheitspolitischen Prioritäten in den einzelnen Mitgliedsländern sind sehr unterschiedlich. In Ost- und Mitteleuropa ist die Angst vor russischen Angriffen groß, aber keineswegs überall gleich stark ausgeprägt. Ungarn, Tschechien und die Slowakei schätzen die russische Bedrohung als geringer ein oder erkennen sie gar nicht an. Finnland und Schweden haben sich wegen Russlands Aggression der Nato angeschlossen. In Südwesteuropa stehen sicherheitspolitisch Terrorismus und Migration im Vordergrund. Jetzt sollen sich diese Prioritäten aufgrund des Politikwechsels der Trump-Regierung zugunsten größerer Eigenständigkeit der EU ändern.

Dass in den letzten Jahrzehnten zahlreiche Initiativen zur Stärkung der Kooperation ergriffen wurden, belegt die Liste der ausgewählten Initiativen (Tabelle 3 im Anhang).

- Die Europäische Friedensfazilität, im Jahr 2021 ursprünglich ins Leben gerufen, um konfliktprä-

ventiv zu wirken, wurde für militärische Zwecke geöffnet, um die Ukraine zu unterstützen.

- Der Strategische Kompass für Sicherheit und Verteidigung, vor allem von Deutschland seit 2022 forciert, soll zu verbesserter Kohäsion führen. Es ist von einem "Quantensprung" die Rede, um die Kapazität und Bereitschaft zu erhöhen, die eigene Resilienz, Solidarität und gegenseitige Unterstützung zu stärken.³²
- Im September 2023 verkündete die EU-Kommissionspräsidentin die Europäische Strategie der Verteidigungsindustrie (European Defence Industry Strategy, EDIS), um Projekte der europäischen Zusammenarbeit zu stärken.
- 2023 wurde der „Act in Support of Ammunition Production (ASAP)“ initiiert, ein Fonds in Höhe von 500 Mio. Euro zur Unterstützung der Rüstungsindustrie, um eine Million Artilleriegranaten herzustellen.
- Lange vorher hatte der Lissabon-Vertrag von 2009 die sogenannte Permanente Strukturierte Zusammenarbeit (später bekannt als PESCO) für gemeinsame Projekte ins Leben gerufen.
- 2017 wurde der Europäische Verteidigungsfonds etabliert.
- Seit 2021 existiert im Rahmen der mehrjährigen Finanzplanung ein Verteidigungshaushalt der EU.
- Ende 2024 wurde ein EU-Kommissar für Verteidigung ins Amt berufen.
- Programm ReArm Europe/Readiness 2030. Seit 2025, nach Trumps Reserviertheit gegenüber Europa, will die EU 800 Milliarden Euro (bis 2030) für Rüstungsbeschaffung bereitstellen bzw. mobilisieren.

Die Initiativen, Institutionen, Projektkooperationen usw. sind also vielfältig. Vergleicht man allerdings die bisherigen Finanzmittel für die Streitkräfte in den einzelnen EU-Mitgliedsländern mit denen für die diversen Fonds, Fazilitäten oder Kooperationsprojekte, dann werden die unterschiedlichen Dimensionen deutlich. Nach Auskunft der European Defence Agency gaben die 27 EU-Mitgliedsländer im Jahr 2024

343 Milliarden Euro für die Streitkräfte aus; 19 Prozent mehr als im Jahr zuvor. Davon sollen 31 Prozent in den einzelnen Mitgliedsländern für Verteidigungsinvestitionen ausgegeben werden, also rund 100 Milliarden Euro.³³ Im Vergleich dazu verfügt der Europäische Verteidigungsfonds über ein Budget von knapp 8 Milliarden Euro für den gesamten Zeitraum von 2021 bis 2027,³⁴ also rund eine Milliarde jährlich. Im Vergleich zu Verteidigungsinvestitionen in den Mitgliedsländern entspricht dies derzeit lediglich einem Prozent. Im Jahr 2023 umfasste das gesamte Volumen der gemeinsamen Forschungs- und Entwicklungsprojekte unter Beteiligung der EDA lediglich rund 359 Millionen Euro; es soll bis 2026 auf rund 600 Millionen Euro gesteigert werden.³⁵

Die Europäische Friedensfazilität hat eine finanzielle Ausstattung von über 17 Milliarden Euro für den Zeitraum von 2021 – 2027, die außerhalb des EU-Haushaltes finanziert wird.³⁶ Der Grund für dieses ungleiche Verhältnis ist natürlich die Tatsache, dass über die Streitkräfte weitgehend national entschieden wird. Nur in begrenztem Rahmen sind Mitglieder bereit, Teil ihrer Souveränität an gemeinsame EU-Institutionen abzutreten.

Zusätzlich zu den vergleichsweise überschaubaren Mitteln, die der EU bislang für Verteidigung und Rüstung zur Verfügung standen, spielen Unklarheiten über die Verantwortlichkeiten eine entscheidende Rolle für die Kakophonie in der EU. So war zunächst unklar, welche Verantwortlichkeiten der frisch installierte EU-Verteidigungskommissar hat. Der Aufgabenbereich soll „Verteidigung“ umfassen, während der Aspekt „Rüstungsindustrie“ nicht benannt wurde. Wo verlaufen die Grenzen der Verantwortlichkeit zwischen dem Verteidigungskommissar und der Hohen Kommissarin für Außen- und Sicherheitspolitik, die für die Europäische Verteidigungsagentur (EDA) zuständig ist?

Die EU und die Nato sind die beiden zentralen Organisationen in der Sicherheitspolitik Europas. Durch Russlands Krieg in der Ukraine hat sich die Kooperation zwischen beiden Organisationen deutlich intensiviert. Bereits vorher führte man separate, aber koordinierte Operationen aus, beispielsweise im Sudan und in Afghanistan. Dennoch kann nicht von einem gemeinsamen Konzept europäischer Sicherheit ausgegangen werden. Außerdem bestehen weiterhin Dysfunktionen zwischen beiden Organisa-

tionen. Selbst die Tatsache einer hohen Überlappung von Mitgliedschaften in Nato und EU bedeutet keineswegs Übereinstimmung in den zentralen Fragen. Von den 32 Nato-Ländern sind 23 auch in der EU, lediglich die EU-Mitglieder Irland, Malta, Österreich und Zypern sind keine Nato-Mitgliedsländer. Das Verhältnis Türkei-Zypern ist besonders erhellend. Seit langem verhindert die Türkei die Mitgliedschaft Zyperns in der Nato.

Besonders bedeutsam war auch der britische Brexit. Eine der potentesten Militärmächte Europas schied mit dem Brexit aus der EU aus. Sowohl die europäische Rüstungskooperation als auch das Verhältnis Nato-EU wurden davon tangiert. Weiterhin sind die EU-Nato-Beziehungen weitgehend informell geregelt.

4. Rüstungspolitische Kleinstateerei

Rüstungskooperation wird in Europa nicht systematisch betrieben, sondern eher in ad-hoc-Programmen durchgeführt. EU-Mitgliedsländer schließen sich bei einzelnen, oft großen Beschaffungs- und Entwicklungsprojekten zusammen, zumeist wenn der finanzielle Rahmen nationale Kapazitäten übersteigt. Trotz der regelmäßigen Plädoyers für eine Europäisierung der Rüstungsbeschaffung wird sie mehrheitlich nach wie vor im nationalen Rahmen durchgeführt. Wenn kooperiert wird, dann häufig zwischenstaatlich (mit zwei, drei oder vier Ländern), nicht aber EU-weit. Auch wenn derartige Projekte fälschlicherweise als „europäisch“ bezeichnet werden, möglicherweise um höhere Legitimität zu gewinnen, bleiben sie weitgehend in nationalen Rahmen stecken. Die nationale Souveränität wird im militärischen Bereich weiterhin aufrechterhalten. Wenn europäisch kooperiert wird, dann nach dem Prinzip des „juste retour“: Was immer an finanziellen Mitteln in ein gemeinsames Vorhaben investiert wird, soll an die eigene Industrie zurückfließen. Diese Kirchturmpolitik führt nicht nur zu Doppelarbeit und Verschwendung, die Aufträge werden auch nicht unbedingt an den kompetentesten und günstigsten Anbieter vergeben, eben weil die

Sie werden durch Trumps Politik zweifellos weiter erschwert. Die Diskussion und die unterschiedlichen Auffassungen über eine mögliche strategische Autonomie der EU haben eine gemeinsame EU-Nato-Strategie oder deren funktionale Kooperation keineswegs erleichtert. Im Kern geht es darum, welche der beiden Organisationen am Steuer sitzt. In der britisch-französischen Saint-Malo-Erklärung hieß es schon 1998, „die Union muss in der Lage sein, autonom zu handeln, gestützt auf glaubwürdige militärische Kräfte, über die Mittel verfügen, um über ihren Einsatz zu entscheiden, und über die Bereitschaft verfügen, dies zu tun, um auf internationale Krisen zu reagieren.“³⁷ Auch mehr als zweieinhalb Jahrzehnte nach dieser Absichtserklärung ist dieses damals erklärte Ziel nicht erreicht worden.

Interessen der jeweils heimischen Firmen berücksichtigt werden. Die Diskussionen um das EU-Programm ReArm von Anfang März 2025 zeigen, dass dies als Problem erkannt wurde, ob aber institutionelle Vorkehrungen zu einer Änderung dieser Politik tatsächlich getroffen werden, muss sich noch in der Praxis erweisen.

4.1 Fragmentierte Märkte und Schutz nationaler Rüstungsproduktion

Vor allem die großen EU-Mitgliedsländer bemühen sich darum, möglichst das gesamte Spektrum der Ausrüstung der eigenen Streitkräfte national fertigen zu lassen. Dabei ist der heimische Markt meistens zu klein, um Rüstung in großen Serien zu produzieren. Das erzeugt Druck auf großzügige Exportregeln. Insofern stehen sich die beiden Prinzipien diametral entgegen, möglichst die heimische Industrie zu fördern und der Wunsch zur Harmonisierung in Eu-

ropa. Die Gründe hierfür sind sowohl das Interesse, möglichst unabhängig von Entscheidungen anderer Regierungen agieren zu können, als auch die Beschaffungsmittel im eigenen Land auszugeben, um die Technologiebasis zu stärken, Arbeitsplätze zu erhalten oder zu schaffen und rüstungsabhängige Regionen zu unterstützen. Angesichts der Politik Trumps und europafeindlicher Tendenzen in manchen Ländern der EU, ist das Beharren auf nationaler Autonomie durchaus plausibel. Die Konsequenz aber ist die Fortschreibung der Zersplitterung europäischer Rüstungspolitik. Trotz der großen politischen Ziele, die mit der Schaffung der European Defence Agency (EDA) verbunden sind, hat man der Agentur kein operatives Mandat zum Management von europäischen Beschaffungsprozessen gegeben. Die Agentur soll bei Kooperationsprojekten lediglich unterstützen.

Bei der Rüstungsbeschaffung in Europa kommen vor allem die nationalen Champions, die großen Rüstungsfirmen, zum Zuge. Das Netzwerk investigativer Journalist:innen Investigate Europe kam zu dem Ergebnis, „dass das Förderprogramm des Europäischen Programms zur industriellen Entwicklung im Verteidigungsbereich (European Defence Industrial Development Programme, EDIDP) von fünf Unternehmen dominiert wird: Airbus, Leonardo, Thales, Dassault Aviation und Indra Sistemas. Diese Unternehmen sind an mehr als der Hälfte der geförderten Projekte (im Wert von 75 Prozent der gesamten von EDIDP gewährten Finanzierungen), beteiligt (...).“³⁸

Angesichts der Erfahrungen der letzten fünf Jahrzehnte sieht die Rüstungsindustrie selbst eine europäische Koproduktion und gemeinsame Beschaffung in der Regel nicht als eine relevante industrielle Perspektive an. Sie verfolgt zwar die Bildung europäischer Konsortien oder grenzüberschreitende Verflechtung, allerdings in der Regel nur fallweise. Die Signale aus der Politik und die konkreten Beschaffungsentscheidungen waren bisher zu widersprüchlich: Einerseits wird Kooperation als notwendig erachtet, andererseits werden in der Praxis zumeist die jeweils heimischen Firmen bevorzugt. Auch hier muss sich in der Praxis erst noch zeigen, ob dies jetzt anders gehandhabt wird.

In der Liste der 100 größten Rüstungsfirmen der Welt (2024) werden von SIPRI 26 Firmen aus europäischen Ländern gelistet. Lediglich drei davon werden als

europäisch bezeichnet; sie werden von Eigentümern geführt und kontrolliert, die nicht nur in einem Land verortet sind:

- Airbus, der größte europäische Luft- und Raumfahrtkonzern auf Rang 13 der SIPRI-Liste, mit einem Rüstungsumsatz von 13,3 Milliarden USD im Jahr 2024
- MBDA, ein Rüstungsunternehmen mit Standorten in Deutschland, Frankreich, Großbritannien, Italien und Spanien, das sich auf die Entwicklung und Produktion von Lenkwaffen spezialisiert hat auf Rang 30, mit einem Rüstungsumsatz von 5,2 Milliarden USD im Jahr 2024 und
- KNDS, ein Panzerhersteller, der aus einer Fusion von Krauss-Maffei-Wegmann (Deutschland) und Nexter (Frankreich) entstand, auf Rang 42, mit einem Rüstungsumsatz von 4,1 Milliarden USD im Jahr 2024.³⁹

Die Gründung von europäischen Firmen fand bis vor kurzem nur im Luftfahrtbereich statt. Hier ist mit Airbus ein dominierender europäischer Anbieter entstanden. Dies war ein klares Eingeständnis, dass angesichts des Finanzierungsbedarfs und der technologischen Risiken in der Luft- und Raumfahrtindustrie die Anforderungen nicht mehr von einem einzelnen europäischen Staat zu bewältigen sind. Ähnliches trifft jetzt auch für den Bereich der Lenkwaffen und der neuen Panzersysteme zu. Grundsätzlich gilt: Nur wenn große Projekte nicht allein national zu finanzieren sind, werden sie in Kooperation durchgeführt.

Zu den größten aktuellen Projekten gehören u. a. das

- Future Combat Air System (FCAS), ein multinationales Projekt (Deutschland, Frankreich, Spanien), das ein modernes Kampfflugzeug als Nachfolgeprojekt des Eurofighters und anderer Flugzeuge entwickeln soll. Beteiligte Firmen sind Airbus Defence, Dassault und Indra Sistemas. Allerdings steht die Zukunft dieses Projektes in Frage, weil sich Dassault und Airbus nicht über die Projektführung einigen können.
- Main Ground Combat Systems (MGCS), ein deutsch-französisches Projekt zur Entwicklung eines neuen Kampfpanzersystems. Beteiligte Firmen sind KNDS, Rheinmetall und Thales.

Inzwischen wurde ein Konkurrenzprojekt zum deutsch-französischen Kampfpanzersystem in Italien vorgestellt, an dem neben der italienischen Firma Leonardo auch die deutsche Firma Rheinmetall beteiligt ist. Diese Kampfpanzer sollen ab 2040 den Streitkräften zur Verfügung stehen. Das heißt, schon jetzt ist absehbar, dass die weiterhin betriebene europäische Kleinstaaterei auch in 15 Jahren und darüber hinaus zu parallelen Waffenentwicklungen führen wird, wenn nicht staatlicherseits europäisch orientierte Rahmenbedingungen vorgegeben werden.

Bei Entwicklung und Bau von Kriegsschiffen zeigt sich deutlich die nationale Orientierung der Rüstungsproduktion. Fregatten bauen beispielsweise Fincantieri (Italien) und Navantia (Spanien), die miteinander kooperieren. Thyssenkrupp Marine Systems (TKMS) und Lürssen (Deutschland) bauen Fregatten für die Bundesmarine. Die Naval Group (Frankreich) baute die FREMM (Frégate Européenne Multi-Mission) in Kooperation mit Fincantieri und Leonardo (Italien). Damen Shipyard Niederlande entwickelt neue Fregatten, die in den 2030er Jahren in Dienst gestellt werden sollen. BAE Systems (Großbritannien) baut Fregatten für die Royal Navy und Norwegen plant ein milliardenschweres Fregattenprogramm und ist auf Partnersuche in Europa. Derzeit wird eine Kooperation mit TKMS angebahnt.

4.2 Rüstungsindustrie und Politik

Die schon häufig benannten Vervielfachungen verschiedener Waffensysteme werden auch im Bericht von Mario Draghi zur Wettbewerbsfähigkeit der EU in aller Deutlichkeit genannt: „Die Verteidigungsindustrie ist zu fragmentiert (...) und sie leidet unter einem Mangel an Standardisierung und Interoperabilität der Ausrüstung, was die Fähigkeit Europas schwächt, als geschlossene Kraft zu agieren. So werden beispielsweise in Europa zwölf verschiedene Kampfpanzertypen eingesetzt, während in den USA nur ein Panzer hergestellt wird.“⁴⁰ Schaubild 2 im Anhang nennt für 2023 drastische Zahlen. Das Bild, das Draghi für Kampfpanzer zeichnet, gilt für sämtliche Großwaffensysteme.

Eine gemeinsame Ausrüstung würde den Abbau von Doppelstrukturen ermöglichen. Auch Sparzwänge er-

höhen den Druck zur Kooperation. Im Prinzip ist die Voraussetzung für intensivere europäische Kooperation in der Rüstungsbeschaffung heute mehr denn je gegeben: Politisch ist mehr Kooperation gewünscht, militärisch stärkt eine gemeinsame Beschaffung die Interoperabilität der Streitkräfte, finanziell bieten sich erhebliche Einsparmöglichkeiten. Gleichzeitig aber führt die Privilegierung nationaler Hersteller zu den beklagten Doppelungen und, wie sich in der Vergangenheit durchgehend zeigte, treibt grenzüberschreitende Kooperation die Kosten für die Entwicklung und Produktion von Waffensystemen in die Höhe.

Ein Zusammenschluss auf Seiten der Industrie zu europäischen Unternehmen und Anbietergemeinschaften, beispielsweise bei Schiffswerften oder Herstellern von gepanzerten Fahrzeugen, Munitionsherstellern usw. wird aber nur dann befördert, wenn es Programme zur gemeinsamen europäischen Beschaffung gibt und nicht nur nationale Entscheidungen. Zusätzlich stehen einer stärkeren Kooperation und einer Koordinierung von Beschaffungsprogrammen häufig auch unterschiedliche Zeitrahmen für Beschaffung und andere militärische Anforderungen und Aufgabenstellungen für einzelne Waffensysteme im Wege.

Auch existiert in der EU auf nationaler Ebene bei den Mitgliedsländern keine einheitliche Politik gegenüber der Rüstungsindustrie. Die Regierung ist in diesem Bereich sowohl Kontrolleur (vor allem bei Exporten), größter oder einziger Kunde (bei der Beschaffung) als auch in manchen Ländern Anteilseigner oder sogar alleiniger Eigentümer (vor allem in Frankreich und Italien, teils auch in Spanien). Wirtschafts- und industriepolitisch werden daher in den einzelnen Ländern zum Teil sehr unterschiedliche Strategien gegenüber der Rüstungsindustrie verfolgt.

In der Greenpeace Studie „Arsenale, Aufträge, Amigos“ kommt Michael Brzoska zu folgendem Ergebnis: „Gemeinschaftsvorhaben mit absehbar hohen Kosten, zahlreichen Doppelungen bei Komponenten und zweifelhaften Aussichten auf technologische Umsetzbarkeit erzeugen den Schein der Europäisierung, verhindern diese aber durch ihre in der Praxis ineffiziente Umsetzung.“⁴¹

5. Bringt viel Geld viel?

5.1 Das Pferd wird von hinten aufgezäumt

Die aktuelle Diskussion kreist vor allem um die Frage, wie viel Finanzmittel erforderlich sind, um die Verteidigung Europas zu gewährleisten. Grundsätzlich falsch an der Zuspitzung auf den Aspekt, wie hoch die Budgets sind oder wie viel Prozent des BIP investiert werden müssen, ist die Fokussierung auf eine volkswirtschaftliche Größe, nämlich die Entwicklung der Wirtschaft. Die Wirtschaftsentwicklung zum Hauptkriterium zu machen, macht sicherheitspolitisch keinen Sinn. Aus dem Anteil am BIP lässt sich nur ableiten, wie viel sich ein Land für die Streitkräfte leisten kann, nicht aber was erforderlich ist, um eine Bedrohung abzuwehren. Es liegt in der Logik dieser Statistik, dass ein wirtschaftlicher Wachstumseinbruch die Erreichung des Prozentziels wahrscheinlicher macht. Eine florierende Wirtschaft hat zwangsläufig die Steigerung des Anteils der Rüstungsausgaben zur Folge. Das Prozentziel des BIP, diese volkswirtschaftliche Kennzahl, ist aber völlig ungeeignet, sicherheitspolitische Entscheidungen sachgerecht zu treffen.

Die Absurdität des Prozentziels, egal ob zwei, fünf oder mehr Prozent, wird deutlich, wenn man die Entwicklung in einzelnen Ländern betrachtet. Als sich Griechenland vor Jahren in einer wirtschaftlichen Krise befand, erreichte das Land das damalige Zwei-Prozent-Ziel locker, obwohl der Haushalt für die Streitkräfte in einem Zeitraum von fast einer Dekade um ein Drittel zurückgegangen war. Der Grund: das negative Wirtschaftswachstum war in Griechenland noch ausgeprägter als die Kürzungen im Verteidigungsetat. Also stieg der Prozentsatz des BIP für Verteidigung. Erleben wir in Deutschland jetzt eine ähnliche Entwicklung? Die Wirtschaft stagniert, der Verteidigungsetat steigt, und damit steigt auch der Anteil der Rüstung am BIP und das Nato-Ziel kann erfüllt werden. Damit ist aber nichts über die Leistungsfähigkeit der Streitkräfte ausgesagt.

Eine durchdachte Sicherheitspolitik müsste umgekehrt vorgehen. In der neuen Militärstrategie der

Bundeswehr wird zwar behauptet: "Die Militärstrategie schafft die Grundlage für die neue strategische Rolle der Bundeswehr."⁴² Doch der öffentlich zugängliche Teil dieser Strategie ist sehr allgemein gehalten. Zwar wird das Bedrohungsumfeld beschrieben, aber daraus können die konkret notwendigen Fähigkeiten der Bundeswehr, vor allem in ihrem Verbund in Europa, nicht abgeleitet werden. Der Ausgangspunkt sollte die Analyse der Bedrohung sein. Was sind die Herausforderungen für die Streitkräfte? Wie viel Personal wird benötigt, um welche Bedrohung abzuwehren? Mit welchen Waffen müssen die Streitkräfte ausgerüstet werden? Welche Rolle kann Diplomatie für eine Deeskalation, für einen Waffenstillstand oder gar für die Konfliktlösung leisten? Erst aus der Beantwortung dieser Fragen ergibt sich ein schlüssiges Bild, wie viele Finanzmittel erforderlich sind. Es besteht schließlich ein Unterschied, ob man Streitkräfte in Afghanistan einsetzt oder, wie jetzt seit dem Angriff Russlands auf die Ukraine, der Landes- und Bündnisverteidigung in Europa Priorität einräumt. Ob eine Wehrpflicht existiert oder nicht. Ob arbeitsfähig mit anderen Ländern kooperiert wird oder nationale Alleingänge durchgeführt werden. Als die EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen das neue Programm ReArm Europe vorstellte, sagte sie: „Wir leben in der bedeutsamsten und gefährlichsten Zeit. Wie ernsthaft die Bedrohungen sind, denen wir gegenüberstehen, muss ich nicht erst erörtern.“⁴³

Auch wenn heute Russland als die größte Bedrohung in Europa angesehen werden muss, ist es dennoch erforderlich, sehr sorgfältig die Risiken, die von Russlands aggressiver Politik ausgehen, zu erörtern, um adäquat reagieren zu können. Auch muss gefragt werden, wie sich die zukünftigen militärischen Strategien durch den Krieg in der Ukraine verändert haben. Am Ende des ersten Kriegsjahres erinnerten die Kämpfe an die Auseinandersetzungen in den Schützengräben des Ersten Weltkriegs, in dem vor allem Kampfpanzer und Artillerie eingesetzt wurden. Im dritten und vierten Jahr des Krieges ist vor allem der Einsatz von Drohnen auf beiden Seiten entscheidend. Die New York Times zitierte 2025 den Vorsitzenden des Geheimdienst- und Verteidigungskomitees des ukrainischen Parlaments, Roman Kostenko, mit den

Worten: „Drohnen, nicht die schwere Artillerie, für die der Krieg früher bekannt war, verursachen 70 Prozent aller russischen und ukrainischen Opfer.“⁴⁴ Im gleichen Artikel spricht der französische Oberbefehlshaber der Nato für Transformation, Adm. Pierre Vandier, davon, dass der Krieg in der Ukraine „ein Mix aus Weltkrieg I und Weltkrieg III“ ist. In künftigen Kriegen würde elektronische Kriegsführung eine Hauptrolle spielen. Welche Konsequenzen haben diese Erkenntnisse für die derzeitige und künftige Rüstungsbeschaffung in Europa? Werden Abertausende teure Großwaffensysteme obsolet, weil sie mit herkömmlichen preiswerten Drohnen ausgeschaltet werden können?

In der derzeitigen, fast ausschließlich auf die Finanznotwendigkeiten fixierten Diskussion werden kaum Fragen nach den sicherheitspolitischen Konzepten, den Notwendigkeiten von Verteidigungsfähigkeiten oder den technologischen Umwälzungen militärischer Strategien gestellt.

Auch die oft geäußerte Feststellung, Europa habe in den letzten Jahrzehnten zu wenig Finanzmittel für die eigene Verteidigung bereitgestellt, wird durch ständige Wiederholung nicht richtig. Es ist eine faktenfreie Aussage. Die europäischen Nato-Länder (plus Kanada) gaben im Jahr 2025 nach Angaben von SIPRI knapp 626 Milliarden USD für die Streitkräfte aus.⁴⁵ Für das letzte Jahrzehnt waren es rund 3.800 Milliarden USD.⁴⁶ Bevor jetzt neue Haushaltsrekorde gebrochen werden, sollte seriös untersucht werden, wieso die Streitkräfte in dem ständig beklagten Zustand sind, obwohl bereits vor dem russischen Krieg gegen die Ukraine riesige Finanzmittel zur Verfügung standen.

5.2 Ist europäische Kooperation die Lösung?

Es wäre sicherlich falsch, die bisherige europäische Kooperationspolitik als völlig gescheitert zu bezeichnen. Aber die in den letzten fünf Jahrzehnten initiierten und geforderten Aktivitäten weisen immer wiederkehrende Muster auf. Starke Beharrungskräfte sorgen für eine von vorgeblich nationalen Interessen geprägte Politik der EU-Mitgliedsländer, die schnelle Erfolge und große Strukturveränderungen verhindern. Politische Ambitionen und Deklarationen zur Kooperation existieren in großer Zahl, deren praktische Umsetzung lassen aber viel zu wünschen übrig.

Durch neuerlich geschaffene zusätzliche Kompetenzen der EU-Kommission im Bereich Verteidigung und Rüstung hat sich die Rüstungsbeschaffung nur graduell verändert. Unkoordinierte nationale Politiken führen zu Verschwendung von Ressourcen, Duplizierung bei der Rüstungsbeschaffung, ineffizienter Zusammenarbeit zwischen nationalen Streitkräften, begrenzten militärischen Fähigkeiten trotz hoher Militärausgaben und damit zum allseits beklagten Dilemma, dass die Europäer:innen nicht in der Lage sind, für ihre eigene Sicherheit zu sorgen.

Der frühere EU-Außenbeauftragte, Josep Borrell, brachte es 2022 auf den Punkt: „Wenn jeder Mitgliedstaat seine Verteidigungsausgaben erhöht, indem er auf eigene Faust investiert, wird das Ergebnis eine Geldverschwendung sein, die bestehende Schwächen und unnötige Überschneidungen vervielfacht.“⁴⁷ Aber genau dies geschieht nach wie vor. Die Europäische Rüstungsagentur EDA stellte fest, dass der Anteil europäischer Projekte nicht zu-, sondern abgenommen hat.⁴⁸ Die eine Armee will einen Schützenpanzer mit acht Sitzen, bei der anderen müssen es neun sein. Allein beim Hubschrauber NH90 sind es bei acht EU-Kunden 17 verschiedene Varianten.⁴⁹ Ein anderes Beispiel für die grundlegenden Probleme bei der Beschaffung sind die 11 verschiedenen Kampfpanzertypen, die die EU-Staaten betreiben, während die USA nur über eine einzige Variante, den Abrams, verfügen.⁵⁰

Die gigantischen, zusätzlichen finanziellen Mittel, wie sie jetzt allenthalben zur Verfügung gestellt werden, zementieren lediglich die vorhandenen Missstände. Dramatisch dabei ist: Die Summen, die verschwendet werden, wachsen ins schier Unermessliche. Diese Mittel werden dann in anderen Bereichen schmerzlich fehlen.

Wenn jetzt, wie von der Nato im Juni 2025 beschlossen, mehr Finanzen bereitgestellt werden, wird sich die Politik weiter fortsetzen, vorrangig die eigene Klientel zu bedienen. Zwar hat sich die europäische sicherheitspolitische Situation durch Putins Krieg gegen die Ukraine und Trumps Reserviertheit gegenüber Europa dramatisch verändert. Aber ist dieser Weckruf auch wirklich verstanden worden? Noch vor dem formellen Beschluss in Deutschland, Rüstungsausgaben in Zukunft weitgehend von der Schuldenbremse auszunehmen, meldete der baden-württembergische Ministerpräsident bereits Wünsche für die dortige Rüstungsindustrie an.⁵¹ Also weiterhin rüstungspolitische Kleinstaaterei statt Europäisierung?

Anhang

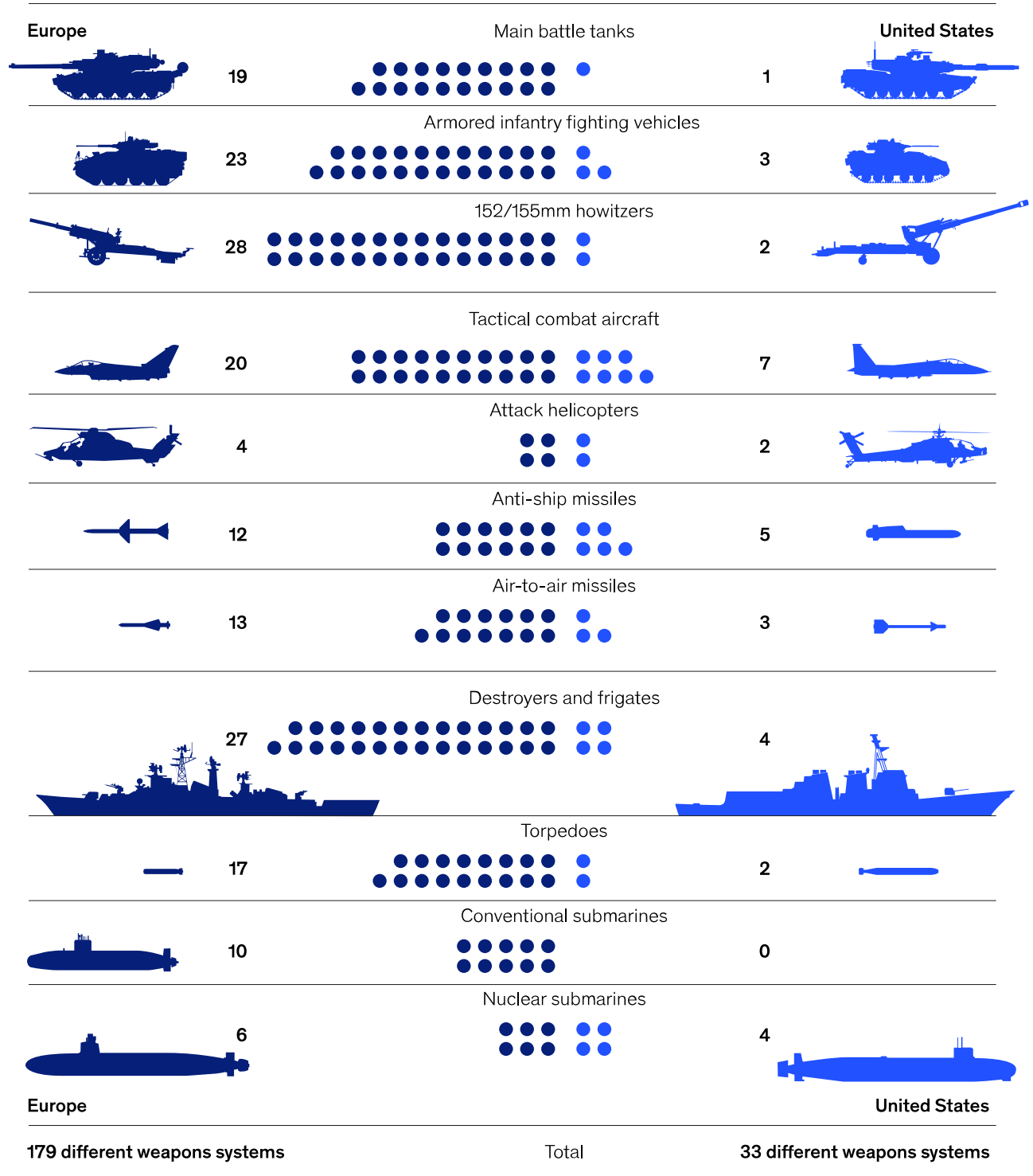
Tabelle 3: Ausgewählte europäische Initiativen zur Sicherheits- und Verteidigungspolitik

1976	Independent European Programme Group (IEPG), internationales Koordinierungsgremium
1978	EU-Parlaments-Bericht zur Vermeidung von Duplizierung in der Rüstungsproduktion
1992	Maastricht Vertrag: Gründung der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik (GASP)
1993	Western European Armaments Group (WEAG): zur Stärkung der Rüstungstechnologie
1996	Gründung OCCAR: Management zwischenstaatlicher Rüstungsprogramme
1998	Französisch-englische Erklärung von St. Malo über die Fähigkeit der Streitkräfte in der EU autonom zu handeln
1999	EU Headline Goals: koordinierte Truppen für humanitäre Einsätze
2003	EU-Strategie für gemeinsame Verteidigung und Sicherheit (ESS)
2004	Gründung der European Defence Agency (EDA) zur Koordination von Beschaffung
2009	Lissabon-Vertrag: Permanent Strukturierte Zusammenarbeit (später bekannt als PESCO)
2010	Gent-Prozess: „Pooling and Sharing“
2010	Gründung Europäischer Auswärtiger Dienst (EEAS)
2016	Europäischer Verteidigungs-Aktionsplan (EDAP)
2016	Globale Strategie für die Außen- und Sicherheitspolitik der Europäischen Union (EUGS)
2017	Schaffung des Europäischen Verteidigungsfond (EDF)
2020	erstmalig Verteidigungsbudget im Rahmen des mehrjährigen EU-Finanzrahmens (MFF)
2021	Gründung Europäische Friedensfazilität (EPF)
2022	Strategischer Kompass für Sicherheit und Verteidigung: verbesserte Kohäsion
2024	Ernennung EU-Kommissar für Verteidigung
2025	EU-Programm ReArm Europe/Readiness 2030

Schaubild 2: Anzahl großer Waffensysteme im Vergleich: Europa – USA

Europe has a fragmented landscape of in-service weapons systems.

Different weapons systems in service, 2023, number



Source: McKinsey analysis based on data taken from *The Military Balance 2023*, published by The International Institute for Strategic Studies (reproduced with permission)

Quellen: McKinsey <https://www.mckinsey.com/industries/aerospace-and-defense/our-insights/innovation-and-efficiency-increasing-europes-defense-capabilities>

Literaturverzeichnis

- 1 <https://www.nato.int/content/dam/nato/webready/documents/finance/def-exp-2025-en.pdf>. Nach Berechnungen von SIPRI (siehe Tabelle 1) liegen die Ausgaben bei über 3.800 Mrd. US-Dollar.
- 2 Bundesministerium der Verteidigung, Gesamtkonzeption militärische Verteidigung, April 2026, <https://www.bmvg.de/resource/blob/6093766/01b1718498c25db9010ea13724d7a37a/dl-gesamtkonzeption-der-militaerischen-download-deu-data.pdf>
- 3 In den folgenden Statistiken ist neben den europäischen NATO-Staaten (einschließlich der Türkei) jeweils auch Kanada mit einbezogen, da sich die kanadische Sicherheitspolitik an den ursprünglichen transatlantischen Beziehungen orientiert.
- 4 Vorbemerkung: Ein abschließender Vergleich zwischen den Streitkräften ist nicht möglich. Dafür gibt es zu viele mögliche Parameter, zu wenige Informationen, zu viel Unklarheit über deren Belastbarkeit und zu viele weiche Faktoren wie zum Beispiel die Kampfmoral von Soldat:innen, die Qualität ihrer Ausbildung oder der Rückhalt der Bevölkerung für einen Krieg. Mit anderen Worten: Ein jeder solcher Vergleich ist eine Annäherung und kann nur eine Momentaufnahme sein, da sich die Kräfteverhältnisse dynamisch verändern können. Auch der Vergleich der Militärausgaben spiegelt die Realität nur bedingt wider; denn die unterschiedliche Kaufkraft in den Vergleichsländern sowie schwankende Wechselkurse können das Bild verzerren.
- 5 Grundlage für diesen Abschnitt ist die Studie Christopher Steinmetz, Herbert Wulf und Alexander Lurz, „Wann ist genug, genug?“ Hamburg, November 2024, https://www.greenpeace.de/publikationen/Kraeftevergleich_Nato-Russland.pdf. Die Daten der Studie wurden durch aktuelle Zahlen ergänzt.
- 6 <https://www.oryxspioenkop.com/2022/02/attack-on-europe-documenting-ukrainian.html>.
- 7 Cooper (2026), S. 14.
- 8 Einzelheiten in Christopher Steinmetz, Herbert Wulf und Alexander Lurz, „Wann ist genug, genug?“ Hamburg, November 2024, https://www.greenpeace.de/publikationen/Kraeftevergleich_Nato-Russland.pdf.
- 9 IISS, Military Balance, 2026
- 10 IISS, Military Balance, 2025, S. 152.
- 11 Institute for the Study of War (2025). <https://understandingwar.org/research/russia-ukraine/russia-has-failed-to-break-ukraine-2/> Eigene Übersetzung.
- 12 SIPRI Fact Sheet, The SIPRI Top 100 Arms-producing and military Service Companies, 2024, Dezember 2025, https://www.sipri.org/sites/default/files/2025-11/fs_2512_top_100_2024.pdf Eigene Berechnung.
- 13 Ibid.
- 14 <https://www.nato.int/content/dam/nato/webready/documents/finance/def-exp-2025-en.pdf>.
- 15 SIPRI Fact Sheet, Trends in international arms transfer, 2025, März 2026, https://www.sipri.org/sites/default/files/2026-03/fs_2603_at_2025.pdf
- 16 <https://www.rheinmetall.com/de/media/news-watch/news/2025/03/2025-03-12-rheinmetall-bilanzvorlage-geschaeftsjahr-2024>
- 17 <https://www.rheinmetall.com/de/media/news-watch/news/2026/03/2026-03-11-rheinmetall-bilanzvorlage-geschaeftsjahr-2025>
- 18 <https://www.ft.com/content/3fd6b61b-f9f4-47dc-9369-27909868a0b6>
- 19 <https://www.faz.net/aktuell/politik/ukraine/ukraine-krieg-mit-hohen-verlusten-wann-gehen-russland-die-panzer-aus-110063433.html>
<https://www.reuters.com/business/aerospace-defense/russia-faces-struggle-replace-bombers-lost-ukrainian-drone-strikes-2025-06-06/>
<https://united24media.com/latest-news/will-soviet-era-artillery-and-north-korean-ammo-keep-russias-war-machine-alive-8567>
- 20 SIPRI Arms Industry Database, Dec. 2025, <https://www.sipri.org/visualizations/2025/sipri-top-100-arms-producing-and-military-services-companies-world-2024>
- 21 <https://www.imf.org/external/datamapper/PCPIPCH@WEO/RUS?zoom=RUS&highlight=RUS>
- 22 Federation of American Scientists, Status of World Nuclear Forces (2026), Stand: 30.04.26, <https://fas.org/initiative/status-world-nuclear-forces/>
- 23 Zu den vielfältigen Initiativen im Laufe der Jahre siehe Tabelle 3 im Anhang.
- 24 Catherine Ashton, European Union External Action, Review, Juli 2013, <https://www.state-watch.org/media/documents/news/2013/jul/eu-eeas-review.pdf>. Eigene Übersetzung.

- 25 Shared Vision, Common Action: A Stronger Europe. A Global Strategy for European Union's Foreign and Security Policy, Juni 2016, https://eeas.europa.eu/archives/docs/top_stories/pdf/eugs_review_web.pdf
- 26 Eva Michaels und Monika Sus (2024), (Not) Coming of age? Unpacking the European Union's quest for strategic autonomy in security and defence, in: *European Security*, 33 (3), S. 383 – 405, <https://www.tandfonline.com/doi/full/10.1080/09662839.2024.2376603?scroll=top&needAccess=true#abstract>.
- 27 Ursula von der Leyen, Rede im Europaparlament, 27. November 2019, https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/speech_19_6408.
- 28 Josep Borrell, Die Sprache der Macht, in: *IPG Journal*, 13. Feb. 2020, <https://www.ipg-journal.de/rubriken/aussen-und-sicherheitspolitik/artikel/die-sprache-der-macht-4069/>
- 29 Interview im *Economist*, 7. Nov. 2019, <https://www.economist.com/europe/2019/11/07/emmanuel-macron-warns-europe-nato-is-becoming-brain-dead>.
- 30 Eva Michaels und Monika Sus (2024), (Not) Coming of age? Unpacking the European Union's quest for strategic autonomy in security and defence, in: *European Security*, 33 (3), S. 383 – 405, <https://www.tandfonline.com/doi/full/10.1080/09662839.2024.2376603?scroll=top&needAccess=true#abstract>., S. 386. Eigene Übersetzung.
- 31 Die Kommissionspräsidentin machte für dieses Konzept den Begriff des „de-risking“ populär, https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/en/speech_23_2063.
- 32 https://www.strategic-compass-european-union.com/0_Introduction_Strategic_Compass.html
- 33 https://www.eda.europa.eu/docs/default-source/applicants/eda-2026-annual-report-2025_web.pdf, EDA Annual Report 2025, S. 30.
- 34 <https://eda.europa.eu/news-and-events/news/2024/12/04/eu-defence-spending-hits-new-records-in-2023-2024> (EDA).
- 35 European Defence Agency, Annual Report 2025, S. 6, https://www.eda.europa.eu/docs/default-source/applicants/eda-2026-annual-report-2025_web.pdf
- 36 <https://www.consilium.europa.eu/de/policies/european-peace-facility/#:~:text=Wie%20hoch%20ist%20das%20Budget,des%20EU%20Haushalts%20finanziert%20wird>.
- 37 https://www.cvce.eu/en/obj/franco_british_st_malo_declaration_4_december_1998-en-f3cd16fb-fc37-4d52-936f-c8e9bc80f24f.html. Eigene Übersetzung.
- 38 <https://www.investigate-europe.eu/en/posts/money-for-eu-defence-development-went-to-a-small-group-of-arms-producers>. Eigene Übersetzung.
- 39 SIPRI Arms Industry Data Bank, <https://www.sipri.org/visualizations/2025/sipri-top-100-arms-producing-and-military-services-companies-world-2024>
- 40 https://commission.europa.eu/document/download/97e481fd-2dc3-412d-be4c-f152a8232961_en, S. 7. Eigene Übersetzung.
- 41 https://www.greenpeace.de/publikationen/Beschaffungsstudie_Bundeswehr.pdf, S. 37.
- 42 Bundesministerium der Verteidigung, Gesamtkonzeption militärische Verteidigung, April 2026, S. 6, <https://www.bmvg.de/resource/blob/6093766/01b1718498c25db9010ea13724d7a37a/dl-gesamtkonzeption-der-militaerischen-download-deu-data.pdf>
- 43 Pressemitteilung der deutschen Vertretung in Brüssel, https://germany.representation.ec.europa.eu/news/rearm-europe-von-der-leyen-skizziert-vor-europaischem-rat-plan-zur-aufrüstung-europas-2025-03-04_de.
- 44 <https://www.nytimes.com/interactive/2025/03/03/world/europe/ukraine-russia-war-drones-deaths.html>.
- 45 <https://www.sipri.org/databases/milex> (Eigene Berechnung, siehe Tabelle 1)
- 46 *ibid.* Russlands Ausgaben lagen in diesem Zeitraum insgesamt bei 944 USD.
- 47 In: *Handelsblatt*, 1. Dezember 2022, <https://www.handelsblatt.com/meinung/kolumnen/globale-trends-gemeinsam-einkaufen-statt-geld-verschwenden-eu-staaten-muessen-sonderwuensche-bei-ruestung-abstellen/28839554.html>
- 48 <https://www.csis.org/analysis/solving-europes-defense-dilemma-overcoming-challenges-european-defense-cooperation>
- 49 In: *Handelsblatt*, 1. Dezember 2022, <https://www.handelsblatt.com/meinung/kolumnen/globale-trends-gemeinsam-einkaufen-statt-geld-verschwenden-eu-staaten-muessen-sonderwuensche-bei-ruestung-abstellen/28839554.html>
- 50 <https://esut.de/2019/12/meldungen/ruestung2/17331/das-maerchen-der-17-eu-kampfpanzer/> McKinsey spricht von 19 Typen (s. Schaubild 2 im Anhang)
- 51 <https://www.spiegel.de/wirtschaft/unternehmen/winfried-kretschmann-will-ruestungsindustrie-in-baden-wuerttemberg-ausbauen-a-4023229d-d3f1-4ff9-a209-a1b6fca7fe62>

